

SOLIDARITY CITY

Eine Vision?

Appell – Hintergründe – Motive – Erinnerung

Impressum

Herausgeber:
Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Kiel Region
Kieler Gewerkschaftshaus
Legienstraße 22-24
24103 Kiel
www.kielregion.dgb.de

Frank Hornschu
Regionsgeschäftsführer und Vorsitzender

Stand: Sommer 2018

Inhalt

Vorwort	4
Die Kiel Region ist ein Ort für alle	5
Zuwanderung ist normal	6
Die Kiel Region ist eine Region am Mittelmeer	8
Wir und die Anderen - eine Illusion	9
Alltag als Ort des Zusammenlebens und der gleichen Rechte	10
Weltoffene, verantwortungsvolle und solidarische Kiel Region	11
Zu guter Letzt - Was wäre wenn ...	12
weitere Infos aus dem Netz	15

Vorwort

Ende Juli diesen Jahres riefen unter anderem die Gewerkschaften im DGB der Kiel Region zu einer Demonstration unter den Titel „SEEBRÜCKE“ in Kiel auf. Trotz Sommerferien und Urlaubszeit nahmen an dieser ersten Veranstaltung über 1.000 Menschen teil. In dem Aufruf hieß es unter anderem: *„SEEBRÜCKE schafft sichere Häfen“ Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. Migration ist und war schon immer Teil unserer Gesellschaft! Statt dass die Grenzen dicht gemacht werden, brauchen wir ein offenes Europa, solidarische Städte, und sichere Häfen. Die SEEBRÜCKE ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft auch hier bei uns in der Kiel Region. Wir Gewerkschaften solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und fordern von der deutschen und europäischen Politik sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind.“*

Neben dieser Kritik hat der DGB zugleich, als eine Art Lösungsansatz, jeweils einen Appell an die demokratischen Fraktionen in den Gemeindevertretungen und Ratsversammlungen von Plön, Schönberg, Schwentimental, Kiel Rendsburg, Büdelsdorf, Eckernförde, Osdorf und Neumünster gerichtet, sich als SOLIDARITY CITY zu erklären. Ziel des DGB war und ist es, dass sich die Gemeinden und Städte jeweils zu einem Ort für alle Menschen aussprechen, sie die humanitäre Flagge in ihrem Ort hissen und sie sich uneingeschränkt zu Menschenrechte und Menschenwürde bekennen, denn Menschen in Not zu helfen, ist unverhandelbar!

Im Folgenden werden die Gedanken, Motive und Anregungen des DGB dargestellt. Sie sollen in der Kiel Region in den kommunalpolitischen Gremien, zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Einrichtungen, Betrieben und Dienststellen mit allen Menschen vor Ort in einem intensiven Austausch münden.

Solidarity City

Die Gemeinden und Städte in der Kiel Region erklären sich durch Beschluss der Gemeindevertretungen bzw. Ratsversammlungen zu *Solidarity City*. Die Gremien formulieren damit ein Bekenntnis zu einer *Gemeinde für alle* bzw. zu einer *Stadt für alle*.

Die Kiel Region ist ein Ort für alle

Unsere Gemeinden und Städte sind Orte für alle Menschen, sie sind auch ein Zufluchtsort für Geflüchtete, sie teilen die Privilegien und stärken die Rechte aller in der Gemeinde/Stadt lebenden Menschen. Solidarity Cities sind weltoffen, verantwortungsvoll und solidarisch, sie hinterfragen grundlegend die europäische Abschottungspolitik und hissen die humanitäre Flagge in ihrem Ort. Unsere Region erklärt sich zum „sicheren Hafen“ für die Menschen, in dem ein geschütztes und angstfreies Miteinander stabilisiert wird. Solidarity Cities treten öffentlichen uneingeschränkt für die Menschenrechte und Menschenwürde ein und setzen ein unmissverständliches Signal zu den unumstößlichen Geboten der Humanität und Zivilisiertheit: Menschen in Not zu helfen, ist unverhandelbar! Der DGB knüpft mit diesem Appell auch an die Bereitschaft der Landesregierung von Schleswig-Holstein an, in dem sie Geflüchtete vom Seenotrettungsschiff „Lifeline übernehmen wollte.

Unsere Gemeinden und Städte sind Orte für alle Menschen, sie sind auch Orte für zu- und eingewanderte Menschen, sie gewähren allen die uneingeschränkten Rechte und den ungehemmten Zugang zu guter Bildung, guter Arbeit, bezahlbarem Wohnraum und gesicherter Gesundheitsversorgung. Solidarity Cities fragen und unterscheiden nicht nach Geschlecht, Alter, Herkunft, Glauben, Identität, Handicap etc. pp. Sie begeben sich vielmehr in die Offensive und wenden sich einer Konzeption und Strategie zu, die der grundlegenden Frage: Wie wollen wir in unserer Gemeinde/Stadt leben? konsequent nachgeht.

Solidarity Cities sprechen sich öffentlich gegen die zum Teil völlig überhitzte Diskussion, die lebensfremd, unrealistisch und frei von jeglichen Fakten ist, aus und beziehen eine klare und unzweideutige Position gegen die kolportierten Beiträge um ‚Zugehörigkeiten‘, ‚Nationalstaatlichkeit‘, ‚Leitkulturen‘, eine ‚deutsche Identität‘ und andere Abgrenzungen, weil eben diese in unzulässiger Weise vereinfachen und sie im Widerspruch zu der gelebten und historisch gewachsenen Entwicklung und Vielfalt stehen.

Solidarity Cities schaffen eine stabile Gesellschaft, die gekennzeichnet ist von sozialen Zusammenhalt und sozialer Teilhabe, Verständnis und Solidarität, Gemeinwohl und Wirtschaftlichkeit, Kreativität und Konstruktivität, Frieden, Freiheit und Demokratie. Denn stabile Gesellschaften stehen für eine ebenso humane wie realistische Politik im Umgang mit allen Menschen. Sie ergreifen somit die Initiative zu einem breit angelegten Diskurs mit allen Teilen der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft eben auch zur Migrationspolitik in ihrer Gemeinde/Stadt. Eben dazu mögen im Nachfolgenden die Anregungen dienen.

Unter dem Dach des europäischen Städteverbundes Eurocities haben sich bereits mehr Städte, darunter Athen, Barcelona, Zürich, Berlin, Hamburg, Bremen und Leipzig, vereint. Laut den Grundsätzen des Forums setzen sich dessen Mitglieder für eine größere Mitsprache bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ein und helfen sich untereinander beim Erfahrungsaustausch und der Umsetzung von Projekten.

Zuwanderung ist normal

Die Kiel Region ist im Wandel – immer wieder und auch gegenwärtig. Dazu gehört, dass Menschen in die Kiel Region kommen, um hier zu leben. In den Städten ist Zuwanderung eigentlich normal, doch seit Herbst 2015 ist eine außergewöhnliche Debatte entstanden. So kompliziert, vielfältig und gewaltvoll die Gründe sind, aus denen sich Menschen auf den Weg zu uns machen, eint jedoch viele der Umstände, dass sie Familie, Nachbarn, Freunde und Bekannte, die Vertrautheit und Sicherheit ihres Alltäglichen zurück lassen. Es sind Menschen, die mit der Bitte um Zuflucht, um Schutz und Unterstützung kommen, weil sie an Leib und Leben unmittelbar bedroht sind. Um die Herausforderungen, die das neue Zusammenleben in den Städten mit sich bringt, ist im letzten Jahr bundesweit eine teils hitzige Debatte geführt worden und gerade die Gruppierungen, die ihre Stimme am lautesten erheben, konnten politisch offenkundig am wirkmächtigsten werden – die Stabilität unserer Gesellschaft droht zu kippen.

Mit diesem Appell will der DGB in der Kiel Region Impulse für eine andere, positive Auseinandersetzung mit Migration und für eine positive Praxis des Zusammenlebens in unseren Städten setzen. Als Gewerkschaften beschäftigt uns schon lange und immer wieder die Themen Flucht, Migration und Zusammenleben – samt der dazugehörigen Uneinigkeiten und Widersprüchlichkeiten. Zum Problem werden diese Themen erst, wenn mit ihnen neue Grenzziehungen und Ungleichheiten begründet werden. Der DGB in der Kiel Region möchte mit dem Appell dazu sensibilisieren, dass nicht Migration und Flucht, sondern Ungleichheit, Marktradikalismus, Privatisierung, Rassismus, Faschismus und sozial-räumliche Segregation problematisch sind. Die aktuellen Veränderungen bieten die Chance, dringende Fragen in den Städten mit ihren Bewohner*innen neu zu stellen und sich mit ihnen auf die Suche nach allgemein anerkannten Antworten zu machen.

Es ist nicht von Vernunft und Verstand geprägt Veränderung als Skandal zu sehen, sondern sie mit der städtischen Entspanntheit im Umgang mit Unterschieden die Verhältnismäßigkeit der aktuellen Veränderungen anzuerkennen – und dazu gehört auch, Verantwortung kollektiv zu verstehen und das Zusammenleben in der Stadt als Aufgabe aller zu sehen und zu praktizieren. Denn: Wir können uns keine Polarisierung leisten, weil wir, heute mehr als je zuvor, ein Verständnis für Solidarität brauchen!

Städte sind das Ergebnis von Migration. Bis weit in das 20. Jahrhundert sind Städte in Europa durch Zuwanderung gewachsen, so dass in ihnen seitdem vor allem zu- und eingewanderte Menschen leben. Auch die Städte in der Kiel Region wachsen aktuell. Die so erzeugte Vielfalt hat enorme Wirkungen auf Verständnis und Solidarität, Gemeinwohl und Wirtschaftlichkeit, Kreativität und Konstruktivität entfaltet. Städtischer Alltag ist also schon immer durch Verschiedenheit und auch Gegensätze geprägt.

Die Menschen in der Kiel Region versteht sich selbst als weltoffenen. Der Anfang ist gemacht. Aber wir erkennen gemeinsam, dass dies nicht reicht - hier wirbt der DGB bei den Ratsversammlungen / den Gemeindevertretungen mit der Erklärung zu *Solidarity City* nunmehr einen Verständigungs- und Gestaltungsprozess in Gang zu setzen. Ziel sollte u. a. sein, dass alle die Chance haben, sich in diesen Prozess zu beteiligen - und kein anderes Gremium, wie die Ratsversammlung / Gemeindevertretung, wäre dazu besser geeignet, weil ihre Mitglieder direkt aus dem näheren Umfeld kommen, weil sie Nachbarn sind und sie sich in den Teilen der Stadt / Gemeinde bestens auskennen.

Zwischen Hamburg und Kopenhagen sind nicht nur viele Waren und Güter, sondern auch viele Menschen gekommen, gegangen und geblieben. Es ist das Ergebnis eines kontinuierlichen Wandels, dass heute in der Region viele verschiedene Menschen zu Hause sind: Menschen, die hier schon lange wohnen und Menschen, die erst vor kurzem zugezogen sind und eine neues Zuhause hier gefunden haben, Menschen mit und ohne Arbeit, Menschen ohne und mit Familie, Menschen mit und ohne Fluchterfahrung – unterschiedliche Menschen mit vielfältigen Identitäten, die nur die eine Gemeinsamkeit haben, dass sie sich nicht durch eine einzelne Kategorie definieren lassen. Die Region kann auf eine Tradition von Migration zurückblicken, und diese ist schon lange Bestandteil des städtischen Selbstverständnisses. Aktuelle Diskussionen um ‚Zugehörigkeiten‘, ‚Nationalstaatlichkeit‘, ‚Leitkulturen‘, eine ‚deutsche Identität‘ und andere Abgrenzungen vereinfachen in unzulässiger Weise und stehen im Widerspruch zu der gelebten und historisch gewachsenen Vielfalt der Gesellschaft.

Dem DGB geht es aktuell darum, die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse, die es in der Stadt gibt, als prinzipiell legitim anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass alle Menschen dieselben Chancen, Zugänge und Möglichkeiten in der Stadt haben. Denn bisher ist das ‚Recht auf Stadt‘ ungleich verteilt: das Recht auf Mitsprache, der ungehemmte Zugang zu guter Bildung, zu guter Arbeit, zum Recht, auf gutes und bezahlbares Wohnen, auf sozio-ökonomische Teilhabe oder auf Selbstbestimmung ist leider keine Selbstverständlichkeit für alle Stadtbewohner*innen. Insbesondere Menschen mit Fluchterfahrung sind von diesen Rechten noch viel zu häufig ausgeschlossen.

Die Kiel Region ist eine Region am Mittelmeer

Die strukturellen und politischen Ursachen für Flucht und Migration sollten in der aktuellen Diskussion um Zugewanderte stärker in den Blick genommen werden: Kolonialismus, die Anwerbeabkommen für ‚Gastarbeiter*innen‘ oder die Freizügigkeit in der EU sind einige Beispiele dafür, wie sehr Migration gewollt und oftmals wirtschaftspolitisch begründet ist. Innerhalb der EU gilt die Freizügigkeit über Staatsgrenzen hinweg als höchstes Gut, während versucht wird, die Außengrenzen nur noch für einige Wenige passierbar zu machen.

Die derzeitigen Debatten um Quoten und Obergrenzen, Zurückweisung an den nationalen Grenzen und die Errichtung von zentralen Sammelunterkünften (wie z. B. die AnKER-Zentren) verschleiern das Ausmaß der Ursachen und die Dimensionen von Flucht. Auch stehen sie in keinerlei Verhältnis zu aktuellen Migrationsprozessen weltweit, denn nur ein Bruchteil der geflüchteten Menschen schafft es tatsächlich bis nach Europa und Deutschland, geschweige denn in die Kiel Region. Geographisch im Norden Europas gelegen, konnte sich die Kiel Region durch die räumliche Distanz zum Mittelmeer lange auf das Privileg der indirekten Betroffenheit zurückziehen (abgesichert durch das EU Grenzregime und die Dublin/Schengen-Abkommen).

Geflüchteten Menschen ist es zu verdanken, dass diese gewollte Distanzierung immer wieder gebrochen wird. Sie machen auf die globale Verantwortung aufmerksam. Die Städte und Gemeinden sollten ihre Verantwortung aktiv übernehmen – über die eigenen Stadtgrenzen hinaus. Die Offenheit gegenüber allen Menschen, die an Globalisierung beteiligt sind, ist ein Weg, um aus der Region heraus die Distanz zur EU-Außengrenze zu überwinden und das aktuelle europäische Grenzregime kritisch zu hinterfragen.

Der Schutz der Außengrenzen Europas und die Militarisierung an den Grenzen haben fast täglich und tausendfach den Verlust von Menschenleben zur Folge. Andere globale Aktivitäten wie z.B. Kaffeeanbau oder Klimaanpassungsmaßnahmen gehen oft mit Raubbau an Land und Vertreibung einher. Auch dies sind Ursachen für Flucht, an denen die Region und Europa sich beteiligen und von denen sie profitieren. Hier wird eine folgenreiche Unterscheidung sichtbar: Während Grenzen für globale Waren- und Informationsströme immer durchlässiger werden und die Region davon ökonomisch enorm profitiert, werden die damit verbundenen Wanderungen von Menschen als Problem gesehen und durch höchst selektive Grenzen reguliert.

„Wir und die Anderen“ – eine Illusion

Die öffentliche Debatte über Flucht und Asyl ist geprägt durch emotional aufgeladene und stark einseitig visuell geschürte Berichte. Dabei wird sie oft ausgrenzend geführt. In den Massenmedien, und stärker noch in online-Medien, werden Ideologien über bedrohliche ‚Einwanderer*innen‘ und die in diese Welt eindringenden bedient. Dem gegenüber muss es uns um das aufgeklärte, rechtewahrende und fürsorgende Europa in der Welt gehen. Denn: Die Unterscheidung von ‚Wir und die Anderen‘ ist eine Illusion. Wer legitim zugehörig ist und wer nicht, wird erst durch eine Erzählung von Rettern (Europa), Opfern (gute geflüchtete Menschen) und Tätern (schlechte geflüchtete Menschen) aufgebaut. So werden post-/koloniale und historisch verankerte Täterschaften und Verantwortungen ignoriert. Für geflüchtete Menschen hat das zur Folge, dass ihre Identität fremdbestimmt wird: So dürfen sie häufig nicht für sich selbst sprechen. Andere legen von einer privilegierten Position aus fest, wer sie sind und welche Fluchtgründe anerkennungswürdig sind und welche nicht.

Dass Menschen, die nach Europa fliehen, als ‚Flüchtlinge‘ homogenisiert und etikettiert werden, hat unmittelbare Konsequenzen für politische und juristische Handhabungen. Individuelle Erfahrungswelten werden katalogisiert, es werden ‚Opfer‘ und ‚Täter‘ erzeugt – beide aber machtlos. Migration wird als eine Abweichung von der Norm dargestellt, die durch Migrations- und Integrationspolitik geregelt werden muss. Integration wird in diesem Zuge schnell zu einem politischen Diktat, begleitet von Ausgrenzungen und der Verschärfung von (rechtem) nationalstaatlichem Denken. Auch nach vielen Jahren noch bleibt häufig die Differenzierung zwischen den ‚Deutschen‘ auf der einen Seite und den ‚Migrant*innen‘ bzw. Menschen mit ‚Migrationshintergrund‘ auf der anderen Seite bestehen. Diese konstruierte Grenzziehung führt dazu, dass bestimmte städtische Mitbewohner*innen marginalisiert und häufig auch diskriminiert werden.

Der DGB hält es stattdessen für wichtig, medial, politisch und juristisch genutzte Kategorien ständig zu hinterfragen, gezielt stereotypisierende Zuschreibungen herauszustellen und konstruktiv zu kritisieren sowie auf den vielfältigen Beziehungen zwischen allen Beteiligten zu beharren. Ausgehend von Machtverhältnissen zugunsten der Mehrheitsgesellschaft bedeutet dies aber auch, konkret zu lernen, die eigenen Privilegien zu teilen. Das Privileg des sicheren Lebens, das Privileg im Besitz eines Passes zu sein, der Reisefreiheit garantiert, das Privileg, entscheiden zu können, das Privileg eines anerkannten Abschlusses, das Privileg, gehört zu werden... Hier gilt es strukturell erweiterte ggfs. neue politische Aushandlungsformen zu schaffen, die auch Benachteiligten Zugang zu Privilegien ermöglichen – z.B. (wenn soweit noch nicht vorhanden) durch die Schaffung von Strukturen, in denen die Stimmen von geflüchteten Menschen tatsächlich gehört, anerkannt und mit allen anderen Stadtbewohner*innen ausgetauscht werden.

Alltag als Ort des Zusammenlebens und der gleichen Rechte

Unser Alltag wird hin und wieder durch die Berichterstattung in den Medien konkret: manchmal durch den Bau einer Unterkunft in der Nähe, vielleicht durch Erfahrungen auf öffentlichen Plätzen und Straßen, vielleicht auch nur in Gesprächen mit Nachbar*innen und Freund*innen. Stadtteile sind Orte der Begegnung, die erleben lassen, dass Vorurteile persönlichen Erfahrungen nicht standhalten. Bisher sind alltägliche Begegnungen von geflüchteten Menschen jedoch oftmals auf Behördengänge, Polizeikontrollen oder Erstaufnahme-Einrichtungen beschränkt – alles Situationen, in denen diese viel zu oft mit „institutionalisiertem Rassismus“ konfrontiert sind, wie die aufgrund von Hautfarbe durchgeführten Polizeikontrollen (racial profiling) oder die Notwendigkeit von Begleitpersonen mit deutschem Pass bei Amtsbesuchen zeigen.

Die konkrete, räumliche Verteilung von geflüchteten Menschen hat eine hohe stadtpolitische Relevanz. Im Kontext eines stabilen Gemeinwohls sollte es darum gehen, die Begegnungen oder gar Kontaktaufnahme zwischen geflüchteten Menschen und der vor Ort lebenden Stadtteilbevölkerung zu intensivieren. Denn der wachsende Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verschärfen zunehmend auch die soziale Frage nach der Spaltung zwischen arm und reich innerhalb einer jeden Stadtgemeinschaft. Die solidarische Unterstützer*innengruppen, die sich für die Belange der Geflüchteten einsetzen und sie als Bereicherung ihres Stadtteils ansehen, sollten so offensiv unterstützt werden.

Der DGB sieht große Chancen für ein positives gemeinsames Zusammenleben in den Gemeinden und Städten in der Kiel Region darin, wenn alltägliche Begegnungen das Erleben von Gemeinsamkeiten aller Beteiligten möglich machen. Statt geflüchtete Menschen in Unterkünfte abseits von und möglichst ohne Verbindung zur Nachbarsiedlungen unter zu bringen und dabei mentale und materielle Grenzen zu ziehen. Es ist von großer Bedeutung, eine Unterbringung in vielen verschiedenen Formen zu ermöglichen, viele Unterkünfte in allen Teilen einer Gemeinde/Stadt zu zulassen und die Unterbringungsorte so zu wählen, dass die Straßenführung, Architektur, Plätze und Parks ein Aufeinandertreffen und gemeinsame Gespräche wahrscheinlicher machen. Die heutigen Planungsentscheidungen beeinflussen das Recht auf Teilhabe und das Zusammenleben von Morgen. Ergänzend zur Frage der Unterkunft und der Verantwortung aller Stadtbewohner*innen gilt es, Kommunikation und Interaktionen in den städtischen Behörden und öffentlichen Institutionen so zu unterstützen bzw. zu verstetigen, dass die Grundrechte der geflüchteten Menschen auf Wohnen, Bildung oder Gesundheit gewahrt bleiben, ob mit oder ohne Papiere.

Weltoffene, verantwortungsvolle und solidarische Kiel Region –

Die Zukunft gestalten!

Der DGB will noch einmal daran erinnern, dass bereits in der Vergangenheit und ständig immer wieder aufs Neue sehr viele Menschen in die Kiel Region migriert sind (auch wenn die Distanzen sich stark unterscheiden). Durch Migration wurde die Kiel Region zu dem, was es heute ist und sein will: eine weltoffene Region. Weltoffenheit gehört zum Selbstverständnis vieler, eben dies gilt es noch stärker zu unterstützen.

Die Akzeptanz der Tatsache, dass alle Städte seit jeher durch Zuzug geprägt sind und dass die damit einhergehenden Veränderungen alltäglich sind, ermöglicht einen unaufgeregten und langfristigen Umgang mit Migration in der Gemeinde/Stadt. Insofern wollen wir Flucht und Migration entkandalisieren: Sie sind real und alltäglich. Skandalisieren wollen wir hingegen den alltäglichen Rassismus und die rassistische Gewalt. Wir wenden uns gegen die aktuelle Debatte um (Ober-)Grenzen, Abschottung, Sammellager und den unzureichenden Vorstellungen zu einem neuen Einwanderungsrecht. Gegen die diffusen, teils nicht belegbaren und z. T. mit Vorsatz geschürten Ängste ist die Idee einer weltoffenen, verantwortungsvollen und solidarischen Kiel Region in Erinnerung zu rufen und uneingeschränkt zu fördern. Die Rahmenbedingungen für ein solches urbanes Zusammenleben in einer offenen und verantwortungsvollen Gemeinde/Stadt in der Kiel Region könnten sein:

- Allen alltäglichen Interaktionen und politischen Entscheidungen sollten die Ansprüche an ein gutes, spannendes, widersprüchliches Zusammenleben in der Stadt zugrunde liegen. Wie diese Ansprüche konkret umgesetzt werden können, kann und soll hier nicht festgelegt werden. Vielmehr gilt es die Debatten, Diskussionen, aber auch in unserem städtischen Alltag die essentiellen Fragen städtischen Zusammenlebens in der Stadt gemeinsam mit allen neu zu denken, neu auszuhandeln, neu auszuprobieren und auch strukturell neu auszurichten.
- Anerkennen, dass Unterschiede nicht behindern, sondern eine erfahrungsreiche und spannende Gemeinde/Stadt erst möglich machen – und dazu gehört auch, sich der eigenen Privilegien bewusst zu werden und diese zu teilen.
- Gemeinsam Antworten finden und Perspektiven für eine Stadt für alle entwickeln – und dazu gehört auch, vor Widersprüchen nicht zurückzuschrecken und alle Betroffenen selbst an Lösungen für Konflikte teilhaben zu lassen, nicht nur Personen mit rhetorischen, finanziellen und sozialen Vorteilen.
- Aktiv daran mitwirken, strukturelle und institutionelle Ausschlussmechanismen abzubauen, um nicht nur formal bestehende Grundrechte zu gewähren, sondern tatsächliche Zugänge zu schaffen – und dazu gehört auch, geflüchteten Menschen ihr Recht auf Wohnen durch gute Unterkünfte, ihr Recht auf Arbeiten durch schnelle Arbeitserlaubnisse, ihr Recht auf politische Teilhabe durch

geeignete Kommunikationsformen und ihr Recht auf Bildung durch Zugang zu allen Bildungseinrichtungen zu garantieren, ihnen ihr Bleiberecht zu gewähren und die menschenverachtende Abschiebepaxis einzustellen.

- Grenzen aufzeigen für Aktivitäten, die auf den Ausschluss von Menschen zielen, die nicht einer willkürlich gesetzten ‚deutschen Norm‘ entsprechen – und dazu gehört auch, institutionalisierte Rassismen systematisch abzubauen und sich ihnen bewusst entgegen zu setzen.

Zu guter Letzt

Was wäre wenn

... alle Grenzen offen wären?

Seit September 2015 dominiert die Flüchtlingsdebatte die deutsche Politik. Kaum eine Wahlkampfrede, kaum eine Talkshow, die nicht irgendwann bei den immer gleichen Fragen landet: Wie viele sollen kommen dürfen? Wie viele Zuwanderer verkraftet die Gesellschaft? Wann muss Schluss sein? Wie sichert die Europäische Union ihre Außengrenzen? Wenn so lange in eine Richtung gedacht wurde, sollte man die Frage vielleicht einmal umdrehen: Was wäre, wenn alle Menschen kommen könnten, die wollen? Wenn alle Grenzen offen wären?

Die erstaunlichste Folge wäre ein deutlich höherer Wohlstand für alle. Wirtschaftsforscher ermittelten in vier unterschiedlichen Studien, dass sich das weltweite Bruttoinlandsprodukt um einen Wert zwischen 67 und 147 Prozent erhöhen würde. Der Grund: Eine Arbeitskraft, die von einem armen Land in ein wohlhabendes zieht, entfaltet – unter anderem durch einen effizienteren Arbeitsmarkt sowie bessere Arbeitsbedingungen und Hilfsmittel – eine erheblich höhere Produktivität.

„Das führt sowohl in den Sender- als auch den Empfängerländern zu mehr Wohlstand“, sagt Klaus F. Zimmermann, emeritierter Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn. „Denn nicht nur transferieren Migranten Geld und Wissen in ihre alte Heimat – sehr viele kehren nach einer Weile auch wieder dorthin zurück.“

Je offener die Grenzen, desto häufiger sieht man diese „zirkuläre Migration“. Als die Grenze zwischen den USA und Mexiko in den Sechzigerjahren noch weniger streng geschützt wurde, kamen zwar 70 Millionen Mexikaner in die USA – 85 Prozent von ihnen kehrten aber wieder nach Mexiko zurück. Je schwieriger die Einreise, umso größer der Anreiz zu bleiben, wenn man es erst einmal geschafft hat.

Generell wird überschätzt, wie viele Menschen sich tatsächlich auf den Weg machen würden: Als die USA 1986 ihre Grenzen zu den Föderierten Staaten von Mikronesien öffneten, sagten viele Beobachter einen Massenexodus aus dem verarmten Inselstaat voraus. In den 14 Jahren bis zur Jahrtausendwende siedelten jedoch gerade mal sechs Prozent in die USA über, bis heute haben zwei Drittel der Mikronesier nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ohne Visum in die USA zu reisen – obwohl das Durchschnittseinkommen dort 20-mal so hoch ist. Innerhalb der EU kann man Ähnliches beobachten: „Das Wetter in Frankfurt ist furchtbar, und kaum jemand spricht Griechisch“ – so lakonisch erklärt der »Economist« die Tatsache, dass zwischen 2010 und 2017 trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage nur 150 000 von elf Millionen Griechen nach Deutschland kamen.

Das Marktforschungsinstitut Gallup fragt regelmäßig weltweit, ob und wohin die Menschen auswandern würden, wenn sie könnten. Aktuell gaben dabei 14 Prozent an, gern dauerhaft in einem anderen Land leben zu wollen. Das entspricht ungefähr 710 Millionen Migrationswilligen, der Anteil war mit 17 Prozent vor rund 10 Jahren schon einmal höher. Sierra Leone (62 Prozent), Haiti und Albanien (jeweils 56 Prozent) sind die Länder, aus denen die meisten Befragten weg wollen. Rund ein Fünftel der Migrationswilligen möchte in die USA. Deutschland (6 Prozent) und Kanada (5 Prozent) folgen mit großem Abstand. Wie viele Menschen diese Absicht tatsächlich umsetzen würden, lässt sich schwer sagen. 97 Prozent der Weltbevölkerung leben in dem Land, in dem sie geboren wurden – eine Zahl, die seit mehr als 100 Jahren konstant ist.

Wie wirken sich offene Grenzen auf den Arbeitsmarkt aus? Der Ökonom Michael A. Clemens, der in Washington D.C. am Center for Global Development die Abteilung für Migration und Entwicklung leitet, hat errechnet, dass beispielsweise in der US-Landwirtschaft im Durchschnitt drei Saisonarbeitskräfte aus Mexiko einen amerikanischen Arbeitsplatz schaffen – sei es direkt als Vorarbeiter oder indirekt durch ihren eigenen Konsum. „Der Arbeitsmarkt ist nichts Statisches, keine Fußballmannschaft mit nur elf Positionen“, sagt auch Klaus F. Zimmermann. „Viele Zuwanderer schaffen sich ihre eigenen Stellen oder bringen durch Unternehmensgründungen sogar Jobs für andere hervor.“

Auch die Angst vor sinkenden Löhnen ist unbegründet: Selbst die migrationskritische US-Denkfabrik Center for Immigration Studies fand keinen Beleg dafür, dass eine zunehmende Zahl von Migranten das Lohnniveau beeinflusst. Andere Studien kommen sogar zu dem Ergebnis, dass Einwanderer – im Gegensatz zum Outsourcing von Arbeit ins Ausland – die Löhne leicht positiv beeinflussen. „Wenn auf einen Schlag sehr

viele Menschen in eine bestimmte Region einwandern, kann die Gruppe, die sich in direkter Arbeitsmarktkonkurrenz befindet, zeitweilig unter Druck geraten“, sagt Zimmermann. „Aber häufig steigen die Einheimischen dann die Leiter nach oben und nehmen besser qualifizierte und besser bezahlte Jobs an.“

Was offene Grenzen für die öffentliche Sicherheit bedeuten, ist schwierig vorherzusagen: In den USA begehen Migranten weniger Verbrechen und landen fünfmal seltener im Gefängnis als US-Amerikaner. Selbst als die Zahl der Einwanderer ohne Papiere sich zwischen den Jahren 1990 und 2013 auf mehr als elf Millionen verdreifachte, sank die Kriminalität. In Deutschland hat die Kriminalstatistik gezeigt, dass gegen noch nicht anerkannte Flüchtlinge häufiger Strafanzeige erstattet wird als gegen die Durchschnittsbevölkerung. Allerdings werden junge Männer generell häufiger straffällig als der Rest der Bevölkerung – und je schwieriger die Einreise, umso höher der Anteil junger Männer an den Migranten. Bei offenen Grenzen würden sich mehr Frauen, denen Gutachten eine „gewaltpräventive, zivilisierende Wirkung“ zuschreiben, auf den Weg machen.

Infos aus dem Netz

SEEBRÜCKE <https://seebruecke.org/>

Solidarity City <https://solidarity-city.eu/de/>

DGB APPELL zu Solidarity City

<http://kielregion.dgb.de/++co++c61a9584-9954-11e8-87b6-52540088cada>

Kiel erklärt sich zu Solidarity City

<http://kielregion.dgb.de/++co++601adc82-a9ce-11e8-b72e-52540088cada>

Für eine offene und verantwortungsvolle Stadt Hamburg

<https://solidarity-city.eu/app/uploads/2017/09/Positionspapier-Für-eine-offene-verantwortungsvolle-Stadt-Hamburg.pdf>

Offene Grenzen

<https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2018/service/was-waere-wenn-alle-grenzen-offen-waeren>

Eckpunkte für Einwanderungsgesetz nicht ausreichend

<http://www.dgb.de/presse/++co++b7ebd1fa-a1fe-11e8-bcb2-52540088cada>

